

Schulverwaltungs- und Sportamt

Sitzungsdrucksache Nr. 048/2008/1
-öffentliche Sitzung-

RAT

Beschlussvorlage

TOP: Errichtung eines Grundschulverbundes/1. Ergänzung
a) Grundschulen Gevelndorf und Hermann-Gmeiner
b) Grundschulen Schöneck und Brügge

Vorgesehene Beratungsfolge:

Rat der Stadt Lüdenscheid

Termine:

07.04.2008

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Arnsberg die Genehmigung zur Errichtung eines Grundschulverbundes gem. § 82 (3) SchulG mit der

- a) Grundschule Gevelndorf (Stammschule) und der Grundschule Hermann-Gmeiner (Teilstandort)

sowie

- b) Grundschule Schöneck (Stammschule) und der Grundschule Brügge (Teilstandort)

zu beantragen.

Begründung:

Der Schulausschuss hat in seiner Sitzung am 04.03.2008 die Verwaltung beauftragt, bei der Bezirksregierung Arnsberg die Genehmigung zur Errichtung eines Grundschulverbundes gem. § 82 (3) SchulG mit der

a) Grundschule Gevelndorf (Stammschule) und der Grundschule Hermann-Gmeiner (Teilstandort)

sowie

b) Grundschule Schöneck (Stammschule) und der Grundschule Brügge (Teilstandort)

zu beantragen

Die Verwaltung wurde ferner beauftragt, vorab die Schulkonferenzen der jeweiligen Grundschulen zu beteiligen und die Stellungnahme des Schulamtes für den Märkischen Kreis einzuholen.

Die Schulkonferenzen Schöneck und Brügge haben den Grundschulverbund am 11.03.2008 befürwortet. Ebenfalls zugestimmt haben am 13.03.2008 die Schulkonferenzen Gevelndorf und Hermann-Gmeiner.

In den Stellungnahmen der Schulkonferenzen Schöneck und Brügge sowie Hermann-Gmeiner ist gleichlautend enthalten, dass die Errichtung eines Grundschulverbundes befürwortet wird, wenn durch die organisatorische Zusammenlegung der jeweiligen Schulen die besonderen Bedürfnisse der Teilstandorte hinsichtlich der sachlichen und personellen Ausstattung besonders berücksichtigt werden. Die Schulkonferenz Gevelndorf drückt in der zustimmenden Stellungnahme die Erwartung aus, dass die personellen und sachlichen Gegebenheiten beider Standorte ausreichend berücksichtigt werden, um die bisherigen Maßnahmen und Vorhaben ohne Beeinträchtigungen weiterführen zu können. Eine Verminderung des Unterrichtsangebots soll auf jeden Fall vermieden werden.

Aus Sicht des Schulamtes für den Märkischen Kreis und seitens der Verwaltung kann den Anregungen und Erwartungen gefolgt werden.

Das Schulamt für den Märkischen Kreis spricht sich in seiner Stellungnahme vom 13.03.2008 für die Grundschulverbünde aus, weil so mittelfristig die für den Stadtteil wichtige Schulversorgung gesichert ist bei gleichzeitiger Reduzierung der Nachteile einzügiger Schulsysteme.

Nach Vorlage dieser Stellungnahmen schlägt die Verwaltung vor, dem o.g. Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Lüdenscheid, den .03.2008

In Vertretung:

Dr. Schröder
Erster Beigeordneter